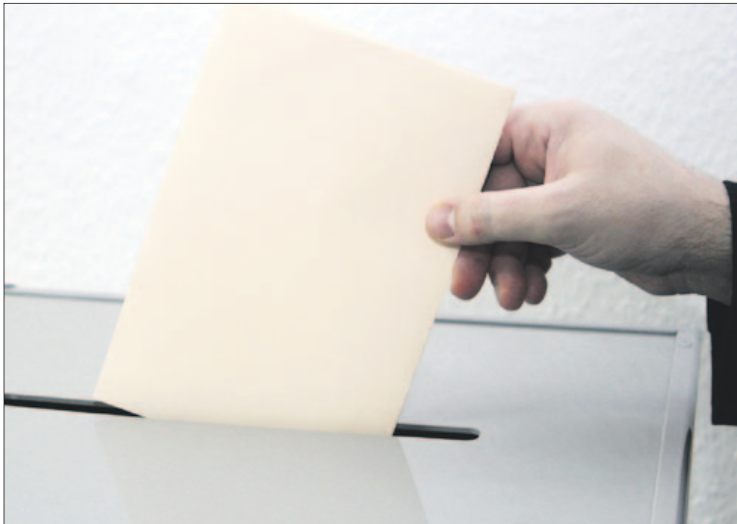


**Landtagswahl am 20. Januar / SoVD fühlt Parteien auf den Zahn**

## Niedersachsen wählt



**Mehr als sechs Millionen Niedersachsen sind im Januar zur Wahl aufgerufen.**  
Foto: Stefanie Jäkel

**Am 20. Januar 2013 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Die Entscheidung gilt als richtungweisend für die anstehende Bundestagswahl im September.**

Über sechs Millionen Niedersachsen sind an diesem Sonntag aufgerufen, zwischen 8 und 18 Uhr ihre Stimme abzugeben. Wählen darf jeder, der die deutsche Staatsbürgerschaft hat, mindestens 18 Jahre alt ist und seit mindestens drei Monaten mit seinem Hauptwohnsitz im Bundesland gemeldet ist. All diejenigen, die diese Voraussetzungen erfüllen, werden automatisch in das Wählerverzeichnis eingetragen und erhalten die

Benachrichtigung per Post. Darauf ist vermerkt, wo sich das Wahllokal befindet. Beim Wahlgang sollte man die Benachrichtigungskarte und den Personalausweis mitbringen.

Wer am Wahltag verhindert ist, kann seine beiden Stimmen auch per Briefwahl abgeben. Mit der ersten Stimme wählt man den Wahlkreiskandidaten, mit der zweiten die jeweilige Parteiliste. Die Briefwahl kann mit dem zugesandten Wahlschein beantragt werden. Auf dem zugesandten Stimmzettel kann der Wähler dann die Kreuze machen und die Unterlagen dann per Post an das Wahlbüro verschicken. Dort müssen die Stimmzettel

bis spätestens 18 Uhr angekommen sein.

Insgesamt stehen am 20. Januar Kandidaten aus 20 Parteien zur Wahl. Dazu gehören die Parteien, die derzeit im Landtag vertreten sind (CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke), aber auch kleinere Parteien wie etwa die Piraten. Zwischen der CDU und der SPD wird es zu einem besonderen Duell kommen: Hannovers bisheriger Bürgermeister Stephan Weil (SPD) möchte David McAllister (CDU) als niedersächsischen Ministerpräsidenten ablösen.

Die Wahlkampf-Themen sind vielfältig: Es geht um die Energiewende, den Mindestlohn oder um Studiengebühren. Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V., der zwar ein politischer, aber trotzdem parteipolitisch neutraler Verband ist, hat im Vorfeld der Wahl jedoch festgestellt: Der Bereich Soziales fehlt bei den meisten Parteien auf der Agenda. „Wenn die Parteien das nicht machen, dann übernehmen wir das“, betont der Landesvorsitzende Adolf Bauer. Und das tut der SoVD auch: In 40 Kreisverbänden finden zahlreiche Veranstaltungen statt, bei denen die Politiker auf Herz und Nieren geprüft werden.

## Wählen gehen!

Liebe Mitglieder,

ich hoffe, Sie sind gut in das neue Jahr gekommen. 2013 ist ein Jahr, in dem wichtige Weichen gestellt werden. Für Politik, den SoVD, seine Mitglieder und alle Menschen im Land. Gleich zwei Wahlen stehen an. Am 20. Januar entscheidet es sich, wie der nächste Landtag zusammengesetzt wird, und irgendwann Ende September - der Termin stand zum Redaktionsschluss nicht fest - wird der neue Bundestag gewählt.

Wir als SoVD haben 2012 genutzt, um uns sozialpolitisch noch mehr als konstruktive Begleiter und Mahner gegenüber den Parteien zu etablieren. Das mussten wir auch: Das Soziale kam in den Wahlprogrammen fast aller Parteien nicht mehr vor. Das werden wir 2013 so fortsetzen. Im Januar finden noch eine Reihe von Veranstaltungen des SoVD zur Landtagswahl statt, danach richten wir unsere Planungen auf die Bundestagswahl aus.

Wahlen sind wichtig. Wählen ist eine Bürgerpflicht. Wer nicht wählt, gibt seine Chance aus der Hand, direkt Einfluss auf die zukünftige Ausgestaltung von Politik zu nehmen. Daher bitte ich Sie herzlich: Gehen Sie zur Wahl.

Wen Sie wählen, ist dabei ganz alleine Ihre Sache. Sie kennen das vom SoVD: Wir sind ein sehr politischer, aber eben kein parteipolitisch gebundener Verband. Wahlempfehlungen geben wir nicht. Aber Sie werden schon richtig entscheiden, davon bin ich überzeugt.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Landesvorstands, der Landesgeschäftsführung und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein gutes Jahr 2013.

Ihr

Adolf Bauer  
1. Landesvorsitzender



**Seit dem 1. Januar 2013 gilt neues Beitragsmodell / SoVD macht weiterhin Unmut deutlich**

## Neue Rundfunkgebühr: Behinderte haben das Nach-Sehen

**Seit dem 1. Januar 2013 gilt der neue Rundfunkbeitrag. Er löst die bisherige GEZ-Gebühr ab. Eine wesentliche Neuerung: Der Beitrag wird pro Haushalt und nicht pro Gerät erhoben.**

Neu ist aber auch, dass Menschen mit dem Merkzeichen „RF“ in ihrem Schwerbehindertenausweis eine ermäßigte Gebühr - nämlich 5,99 statt 17,98 Euro - bezahlen müssen. Bislang waren sie davon befreit.

Der SoVD hat sich im Vorfeld bei den Verantwortlichen und gegenüber der Politik vehement dafür eingesetzt, dass Menschen mit Behinderung auch weiterhin komplett be-

freit werden. „Für uns ist es ein starkes Stück, dass gerade die Menschen, die vielleicht aufgrund einer körperlichen Einschränkung nicht ständig an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können und damit von vielen Angeboten ausgeschlossen sind, bei der neuen Gebühr das Nachsehen haben“, so Adolf Bauer, Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. Speziell diese Personengruppe sei auf ganz besondere Art und Weise auf Fernsehen, Radio und Neue Medien angewiesen. Darauf hat auch die 2. Landesvorsitzende Edda Schliepack in den Sitzungen des niedersächsischen Lan-

desrundfunkrates, dessen Mitglied die SoVD-Vertreterin ist, hingewiesen. Der NDR-Rundfunkrat vertritt die allgemeinen Interessen im Sendegebiet. „Wir werden das Thema aber natürlich auch künftig im Auge behalten, auch wenn die Reform bereits in Kraft getreten ist“, betont Schliepack.

Von der Gebührenpflicht befreit bleibt nach wie vor, wer Sozialleistungen wie etwa Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder BAföG erhält. Auch taubblinde Menschen und Empfänger von Blindengeld müssen keinen Beitrag zahlen.

Bei Fragen rund um das Thema Rundfunkgebühr und zu Anträgen auf Befreiung



**Der SoVD unterstützt Ratsuchende in seinen rund 60 Beratungszentren bei der Antragstellung.** Foto: Stefanie Jäkel

können sich Ratsuchende an die niedersächsischen SoVD-Beratungszentren wenden. Eine detaillierte Übersicht ist im

Internet unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) abrufbar oder kann unter der Nummer 0511/70148-0 erfragt werden.